



Änderungsantrag

der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW

Für einen bundeseinheitlichen Basisfallwert - kostendeckende Finanzierung der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein

Drucksache 17/ 1712

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die von den Klinikbeschäftigten im Lande, ihren Gewerkschaften und Berufsorganisationen erhobene Forderung der schnellstmöglichen Einführung eines einheitlichen Bundesbasisfallwertes durch Angleichung der Landesfallwerte und fordert die Landesregierung auf, sich erneut für die Wiedereinführung einer „zweiten Konvergenzphase“ zur Erreichung eines bundesweit einheitlichen Basisfallwertes einzusetzen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung ergänzend auf, sich für die unverzügliche Umsetzung einer Orientierung der Refinanzierung der jährlichen Realkosten der Krankenhäuser an den vom statistischen Bundesamt ermittelten durchschnittlichen Werten einzusetzen, wie es § 10 Absatz 6 Krankenhausentgeltgesetz vorsieht.

Der Landtag unterstützt die Forderung der Schaffung einer dauerhaften gesetzlichen Regelung der Personalbemessung in der Pflege und bittet den Landtag sich für eine Fortschreibung des Bundesprogramms für zusätzliche Fachkräfte in der Pflege einzusetzen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat geeignete Initiativen zu ergreifen, um die Krankenhausfinanzierung und eine angemessene Personalausstattung und damit die flächendeckende Krankenhausversorgung der Bevölkerung im Sinne der erhobenen Forderungen sicher zu stellen.

Begründung:

Die finanziellen Probleme der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein lassen sich nicht länger durch Prozessoptimierung oder Personalabbau lösen. Diese Bemühungen sind an ihre Grenzen gestoßen und können die finanzielle Belastung der Krankenhäuser nicht mehr ausgleichen. Zu recht gestiegene Tariflöhne, steigende Sachkosten und besonders auch die Eigenanteile bei Bauinvestitionen reißen Löcher in die Etats der Krankenhäuser und sind nicht ausreichend refinanziert. Während so die Kostenseite wächst, sind die Erlöse gedeckelt oder werden sogar gekürzt. Besonders die Schleswig-Holsteinischen Kliniken leiden unter dieser Entwicklung. Die Klinikbeschäftigten in der Pflege und im medizinischen Bereich sind in Deutschland seit Jahren schwierigsten Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Seit 1995 wurden bundesweit mehr als 50.000 Stellen in der Pflege abgebaut, während gleichzeitig die Fallzahlen um fast eine Million Patienten gestiegen sind. Stellenabbau, hohe Arbeitsverdichtung, krankmachende Arbeitsbedingungen, sinkendes Berufsimago und fehlende Anerkennung der erbrachten Leistungen bringen Pflege und ÄrztInnen schon heute in die Gefahr zu kollabieren. Um eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser zu erreichen, hat die GesundheitsministerInnenkonferenz 2008 in Schleswig-Holstein dem Einstieg in einen bundesweiten Basisfallwert ab 2010 mit einer kurzen Konvergenzphase den Weg geebnet. Dieser Beschluss aller GesundheitsministerInnen muss weiter umgesetzt und darf nicht durch die Bundesgesundheitspolitik konterkariert werden.

Dr. Marret Bohn
und Fraktion

Bernd Heinemann
und Fraktion

Flemming Meyer
und Fraktion